

Sanktionen



Während die internationale Gemeinschaft Israels Menschen- und Völkerrechtsverletzungen regelmässig verurteilt, sind Sanktionen gegen das Land – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – bislang ausgeblieben. Die Staatengemeinschaft macht sich so mitschuldig an der Unterdrückung und Entrechtung der Palästinenser_innen und unterstützt die Straffreiheit Israels.

Die palästinensische BDS-Kampagne fordert daher von Regierungen und internationalen Organisationen wie der UNO oder Staatengemeinschaften wie der EU die Verhängung wirksamer Sanktionen, um die Einhaltung des Völkerrechts durch Israel durchzusetzen. Sanktionen können im Bereich von Handel und Investitionen, militärischer Zusammenarbeit (Embargo) und diplomatischen Beziehungen verhängt werden. Wo Sanktionen durch eine breite Mobilisierung der Zivilgesellschaft mitgetragen werden, können sie den Kampf eines Volkes gegen Unterdrückung unterstützen und zur Überwindung der Straflosigkeit beitragen.

Die Schweiz rühmt sich ihrer stillen Diplomatie gegenüber Israel, die aber bislang keine spürbare Wirkung zeigt und nicht dazu beiträgt, dass die dramatische Verschlimmerung der Lebensgrundlagen der PalästinenserInnen aufgehalten würde. Die Regierung muss daher aufgefordert werden, griffige Massnahmen gegen Israel zu verhängen und mutmassliche Kriegsverbrecher strafrechtlich zu verfolgen, anstatt ihnen einen [Empfang in Bern](#) zu bieten.

Beiträge zum Thema

-

[Besuch des israelischen Verteidigungsministers Ya'alon in Bern](#)

11.02.2016

Am 11. Februar 2016 empfing Bundesrat Guy Parmelin den israelischen Verteidigungsminister und ehemaligen General Mosche Ya'alon in Bern. Mit diesem offiziellen Besuch wurden die Bundeshaustüren dem Vertreter eines Landes geöffnet, das seit Jahrzehnten die Rechte der palästinensischen Bevölkerung massiv unterdrückt. Gegen den Besuch protestierten Aktivist_innen in Bern mit einer Flyeraktion.

[Weiterlesen ...](#)

•

[EU Politik der Nichtanerkennung braucht Beständigkeit](#)

23.02.2015

Das EU-weite Importverbot basierend auf der Nicht-Anerkennung der illegalen Annektierung der Krim und Sevastopol wirft die Frage nach der Abwesenheit dieser Politik bezüglich des Handels mit Siedlerprodukten (mit den illegalen Siedlungen im besetzten Palästina) auf.

Ein Text von Tom Moerenhout

[Weiterlesen ...](#)

•

[Opposition gegen neuen Aktionsplan EU-Israel](#)

04.11.2008

Am 16. Juni 2008 sind die EU und Israel übereingekommen, dass sie bis April 2009 einen gemeinsamen Aktionsplan vereinbaren wollen, um die Beziehungen und Zusammenarbeit zu verstärken. Dies soll die akademische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit betreffen.

[Weiterlesen ...](#)

•

[Keine Aufnahme von Israel in die OECD](#)

29.10.2008

22 Menschenrechtsorganisationen haben im September 08 in einem offenen Brief an die Generalsekretarin der OECD sich gegen die Aufnahme von Israel in OECD ausgesprochen.

[Weiterlesen ...](#)

•

[Europäisches NGO-Netzwerk für Sanktionen](#)

13.04.2006

Das Europäische Koordinationskomitee der NGOs zur Palästina- Frage (ECCP) lanciert unter dem Titel „Europäische Kampagne für Sanktionen gegen die israelische Besatzung“ eine Petition, mit der die jeweiligen AussenministerInnen, der Rat der Europäischen Union und die Vereinten Nationen dazu aufgerufen werden, politische und wirtschaftliche Massnahmen einschliesslich Sanktionen zu ergreifen, um Israel an der Fortsetzung des Mauerbaus zu hindern und es zu zwingen, das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 9. Juli 2004 zu respektieren.

[Weiterlesen ...](#)

Seite 4 von 4

- [« Anfang](#)
- [Zurück](#)
- [1](#)
- [2](#)
- [3](#)
- 4